

Es ist selbstverständlich, daß die Grundfragen unserer nationalen Politik im Zusammenhang mit den ökonomischen Aufgaben, die den örtlichen Volksvertretungen in der nächsten Arbeitsperiode erwachsen, Gegenstand einer breiten demokratischen Aussprache mit der gesamten Bevölkerung waren. Gleichzeitig wurden die Kandidaten der Nationalen Front vor ihrer Aufstellung auf die Wahllisten einer eingehenden Prüfung durch ihre Wähler unterzogen. Aber nicht nur sie standen den Wählern Rede und Antwort. Zahlreiche Wahlhelfer der Nationalen Front erläuterten in persönlichen Gesprächen das neue Wahlgesetz sowie Aufgaben und Ziele der neuen Volksvertretungen, nahmen Hinweise und Vorschläge für die Verbesserung der Arbeit dieser Organe entgegen. Das ist unsere sozialistische Demokratie in Aktion, und der Bürger unserer Republik weiß am 10. Oktober genau, wem er seine Stimme gibt.

Mit dieser bereits zur Selbstverständlichkeit gewordenen Praxis, daß der Bürger bestimmt, Wer auf die Kandidatenliste gesetzt, *wer* letztendlich die Geschicke des Staates —* im Großen wie im Kleinen — zu leiten am besten geeignet ist, sind wir dem westdeutschen Staat der Monopolkapitalisten eine ganze gesellschaftliche Epoche voraus.

In der westdeutschen Bundesrepublik fanden am 19. September Wahlen zum Bundestag statt. Dort jedoch hatte der Wähler, wie die Hamburger Zeitung „Die Welt“ am 4. September, also 2 Wochen vor der Wahl, schrieb, „am 19. September paradoxerweise nicht einmal die Gewißheit, für welche Koalition und für welchen Kanzler er seine Stimme abgibt“. Und die „Neue Rheinzeitung“ stellte vor der Wahl fest: „20 Jahre nach Kriegsschluß werden Politiker, die sich mit dem Gedanken eines Friedensvertrages befassen, nicht gelobt, sondern getadelt.“ Dafür war und ist dort um so mehr die Rede von der „freiheitlichen Demokratie“, in der Faschisten und Militaristen zu kriegerischen Abenteuern hetzen und dazu nach Atomwaffen schreien und den Bestand der Nation gefährden dürfen, in der die bestialischen Nazimörder von Auschwitz mit die ganze zivilisierte Welt empörenden milden Urteilen bedacht werden, in der Notstandsgesetze die Reste bürgerlicher Freiheiten bedrohen ...

Grundlegendes Recht jedes Bürgers: Mitplanen, mitregieren

Mit der Forderung in der Staatsratserklärung, „so zu arbeiten, daß unsere Friedenspolitik und die Erfolge des sozialistischen Aufbaus den friedliebenden Kräften des deutschen Volkes helfen, das Übergewicht in ganz Deutschland zu erreichen“, sind Wesen und Inhalt der Politik unserer Partei und unseres Staates gekennzeichnet. „Unsere Politik beruht auf wissenschaftlicher Grundlage“, erklärte Genosse Walter Ulbricht in der Staatsratserklärung. Das bedeutet, stets von der realen Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses und der Lage in Deutschland auszugehen, rechtzeitig das Neue und Fortschrittliche zu erkennen, die bei der Entwicklung des Sozialismus und der Gesellschaft neu auftauchenden Probleme rechtzeitig zu durchdenken, zu beraten und zu entscheiden.

In der Staatsratserklärung wird die Mitwirkung an der bewußten Gestaltung des wirtschaftlichen, kulturellen, des politischen und staatlichen Lebens in unserer Republik zum grundlegenden Recht der Bürger unserer Republik erklärt. Dieses Recht kennzeichnet das Wesen unserer sozialistischen Demokratie. Von ihm haben unsere Bürger im Verlaufe der Verwirklichung des auf dem VI. Parteitag der SED beschlossenen Programms des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in wachsendem Maße Gebrauch gemacht. In unserer Republik arbeiten 650 000 Bürger in Ständigen Kommissionen bei den örtlichen Volksvertretungen, davon sind 210 000 Abgeordnete. In Kollektiven der sozialistischen Arbeit wirken weit über anderthalb Millionen Arbeiter, Bauern und Angehörige der Intelligenz. 380 000 Mitglieder zählen die Ständigen Produktionsberatungen in den Betrieben, 120 000 Werk tätige arbeiten ehrenamt-